



BUNDESGERICHTSHOF

BESCHLUSS

VI ZR 99/10

vom

27. September 2010

in dem Rechtsstreit

Der VI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 27. September 2010 durch den Vorsitzenden Richter Galke, die Richter Zoll und Wellner, die Richterin Diederichsen und den Richter Stöhr

beschlossen:

Der Antrag des Klägers vom 19. August 2010, ihm für das Verfahren der Nichtzulassungsbeschwerde zur Wahrnehmung seiner Rechte einen Notanwalt zu bestellen, wird zurückgewiesen.

Zwar hat der Kläger glaubhaft gemacht, dass er, nachdem sein Prozessbevollmächtigter das Mandat niedergelegt hat, einen zu seiner Vertretung bereiten Rechtsanwalt nicht gefunden hat. Die Rechtsverfolgung erscheint aber aussichtslos, weil nicht ersichtlich ist, dass die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat oder die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung des Revisionsgerichts erfor-

dert (§ 543 Abs. 2 Satz 1 ZPO). Die Bestellung eines Notarwalts hat deshalb zu unterbleiben (§ 78b Abs. 1 ZPO).

Galke

Zoll

Wellner

Diederichsen

Stöhr

Vorinstanzen:

LG Marburg, Entscheidung vom 04.02.2009 - 5 O 18/04 -

OLG Frankfurt in Kassel, Entscheidung vom 11.03.2010 - 15 U 39/09 -